

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 5 (1932-1933)

Heft: 3

Artikel: Projekt einer schweizerischen Schule für Politik

Autor: Naef, Karl

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852705>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 10.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Projekt einer schweizerischen Schule für Politik.

Von Dr. Karl Naef,
Sekretär des Schweizerischen Schriftstellervereins.

Tat ist Ausfluß der Kraft und des Charakters. Der Akt der Entscheidung als solcher ist somit rational nicht faßbar, er ist weder lehr- noch lernbar. Jede Tat aber geht von äußeren Voraussetzungen aus und richtet sich nach einem Ziel. Sind sie verkannt und unklar, dann muß die Entscheidung falsch, die Tat unheilvoll sein.

Jeder Staat, jedes kleine Gemeinwesen ist heute mitten in die Weltpolitik und in die Weltwirtschaft hineingestellt. Die politische Entscheidung aus dem gesunden Menschenverstand heraus genügt daher nicht mehr. Tatbestandswissen und Zielklarheit müssen von jedem Politiker gefordert werden. Nun kann aber nicht verlangt werden, daß sich jeder Politiker dieses Wissen und diese Klarheit selbst verschaffe.

Der zu erfassende Tatbestand ist von äußerster Kompliziertheit. Er umschließt die von einem Einzelnen kaum mehr übersehbaren Bereiche der Geschichte, des Rechts, der Wirtschaft, der Volkskunde und der Soziologie, er umfaßt die zahllosen Untergruppen all dieser Disziplinen. Aber auch die Kenntnis der möglichen Ziele kann ein Einzelner sich heute kaum mehr verschaffen. Staatslehre, Parteikunde, Religionskunde, Ethik und andere Wissenschaften haben ein Material zusammengebracht, das nur noch von Gelehrtengruppen zu erfassen ist.

Für die politisch äußerst wichtige Arbeit der Tatbestandsfeststellung und Zielklärung bedarf es der Arbeitsstätten, die in systematischer Tätigkeit die Arbeit leisten, die heute der überlastete Politiker nicht mehr zu bewältigen vermag. Es sind Zentren nötig, in denen das Material geordnet wird. Es sind Schulen zu schaffen, in denen der Politiker sich das für sein Handeln unentbehrliche Wissen holen kann.

Das Bedürfnis nach solchen Arbeitszentren erwachte immer in Zeiten größter politischer Umwälzungen, in historischen Augenblicken, in denen es unumgänglich war, gestützt auf veränderte Verhältnisse Neues zu schaffen. Frankreich schuf nach dem 70er Krieg seine „Ecole Libre des Sciences Politiques“, Deutschland nach dem Weltkrieg die „Deutsche Hochschule für Politik“, Oesterreich verwandelte nach dem Umsturz seine „Orientalische Akademie“ in eine „Schule für Politik und Volkswirtschaft“.

Die Schweiz glaubte bis dahin, ohne eine solche politische Arbeitsstätte auszukommen. Die schweizerischen Verhältnisse waren bis dahin ohne große Kunst zu übersehen. Der Grundsatz ewiger Neutralität machte unser Land von den Geschehnissen der umliegenden Staaten scheinbar unabhängig. Im Innern änderten sich die rechtlichen Verhältnisse wenig. Die hergebrachten Vorstellungen und die überlieferten Erfahrungen schienen zu genü-

gen, um in jeder Lage richtig zu entscheiden. Der Großteil unseres Volkes weiß aber, daß die Situation sich in den letzten Jahren geändert hat. Die Schweiz ist heute mitten in die Weltwirtschaft und Weltpolitik hineingestellt. Sie ist nur noch als Teil eines unendlich differenzierten Ganzen zu erfassen. Veränderungen auf fernsten Gebieten wirken sich in ihrer Politik und Wirtschaft aufs Empfindlichste aus. Der schweizerische Politiker kommt heute ohne genaue Kenntnis der außerschweizerischen Wirtschaftslage und der außerschweizerischen staatlichen Vorgänge nicht mehr aus. Er muß heute aber auch mit voller Klarheit wissen, was sein eigenes Land ist und was in diesem Land geschehen soll. Er ist genötigt, politische Traditionen auf ihre Lebensberechtigung neu zu prüfen.

Diese Abklärung muß in der Schweiz nicht nur von einigen Führern vorgenommen werden. Wohl in keinem Lande der Welt sind verhältnismäßig so viele Menschen an der politischen Willensbildung beteiligt, wie gerade in der Schweiz. Die Demokratie bringt es mit sich, daß nicht nur jeder Bürger zu eidgenössischen, kantonalen und städtischen Vorlagen Stellung zu beziehen hat, sondern daß auch ein außerordentlich großer Bruchteil aller Einwohner an der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung direkt beteiligt ist.

Sollen in Frankreich, Deutschland oder England die politischen Willensträger für ihr Amt ausgebildet werden, so genügt es, kleine Volksgruppen zur Schulung heranzuziehen. Es sind in diesen Ländern Eliten — Intellektuelle, Beamte, Angehörige bestimmter Gesellschaftskreise — die von jeher die Politik bestimmt haben. Hier in der Schweiz aber heißt politische Schulung Ausbildung breitester Volksschichten.

Der Aufbau einer politischen Schule hat sich dieser Erkenntnis anzupassen. Wollen wir den schweizerischen Politiker für sein Amt ausbilden, so müssen wir mitten ins Volk hinein. Die schweizerische Schule für Politik wird daher nichts von dem akademisch-aristokratischen Wesen an sich tragen, das die politischen Schulen der uns umgebenden Länder charakterisiert.

Die politische Schulung ist nun im Ausland auf zwei Wegen versucht worden. Zu erinnern ist zunächst einmal an die deutschen Parteischulen. Bei diesem System versucht jede politische Gruppe, von ihrem ganz besonderen Standpunkt aus an die Probleme heranzutreten. Solche Schulen gehen naturgemäß in erster Linie darauf aus, Parteifunktionäre heranzubilden. Sie tragen jedoch gewisse Gefahren in sich, die ihren Wert oft recht problematisch erscheinen lassen. In der Parteischule lernt der Politiker seinen Gegner nie richtig kennen. Er ist nicht genötigt, sich mit ihm unmittelbar aus-

einanderzusetzen. Das hat zur Folge, daß sich das Gesichtsfeld des Schülers einengt und daß er das nicht lernt, was er eigentlich lernen sollte: die Auseinandersetzung mit dem Gegner. Diese Auseinandersetzung aber ist gerade vom Parteistandpunkt aus äußerst wichtig. Sie zwingt den Politiker, sich über seine Stellung klar zu werden und sie gegen Angriffe zu festigen. Sie lehrt ihn aber auch, den Gegner richtig zu beurteilen, seine Voraussetzungen zu erkennen und seine Stärke richtig abzuschätzen. Die Möglichkeit wirklicher politischer Schulung bietet daher allein die überparteiliche Schule für Politik.

Natürlich erhebt sich sofort die Frage, ob eine überparteiliche Schule nicht geeignet sei, den politischen Willen ihrer Schüler zu brechen und eine schwächliche Vermittlungspolitik hochzuzüchten. Bestünde tatsächlich diese Gefahr, so müßte vor solchen Schulen dringend gewarnt werden. Sicher leidet unser Land nicht Mangel an Kompromißfreudigkeit. Gewiß haben wir alles Interesse daran, entschiedene Menschen zu erziehen. Die Erfahrung hat nun aber gelehrt, daß überparteiliche Schulen für Politik ihre Schüler zu aktivieren pflegen. Sie zwingen zur Gründlichkeit und zur scharfen Formulierung, sie erziehen zum Mut und zur Entschiedenheit. In einer Hinsicht allerdings sind sie geeignet, in ihren Schülern etwas Gemeinsames heranzubilden: es ist die Ritterlichkeit dem Gegner gegenüber. Während sich auf den deutschen Universitäten die Studenten mit Tintenfassern und Spazierstöcken politisch zu bekehren suchten, ist selbst in den bewegtesten Zeiten auf der Berliner Hochschule für Politik keine einzige Ausschreitung vorgekommen. Die Vertreter aller Parteien, die dort täglich zusammenkommen, haben den sachlichen Boden nie verlassen.

Die Gemeinsamkeit der verschiedenen politischen Gruppen in einer Schule dient zunächst einmal dazu, die politischen Ziele der verschiedenen Parteien klarzulegen. Es ist bekannt, daß politische Ideale nicht selten als unklare Ideologie geerbt, von irgendwoher gedankenlos übernommen, oder aus Gründen persönlichen Vorteils zur Schau getragen werden. Eine politische Schule wird daher der politischen Gedankenlosigkeit, der Phrase, zuallererst den Krieg erklären. Sie wird jeden Schüler dahin zu erziehen suchen, daß er sich über die Gründe klar ist, aus denen heraus er handelt. Sie wird ihn dahin zu bringen trachten, daß er nicht nur die Ideologien des Gegners kritisch untersucht, sondern sich selber auch mit aller unerbittlichen Strenge entgegentritt.

Die Gemeinsamkeit der Schüler soll aber auch der politischen Tatsachenforschung nutzbar gemacht werden. Jede Gruppe neigt dazu, bei der Sichtung des Tatsachenmaterials einseitig vorzugehen. Der Arbeiter, der Liberale oder der Katholisch-Konservative werden im Allgemeinen nur das sehen, was nach ihrer Ansicht wichtig ist. Sie werden dabei mit Sicherheit gerade das übersehen, was dem Gegner bedeutungsvoll zu sein scheint. Die Kenntnis von der Verschiedenheit der Betrachtungen aber ist für

den politisch Handelnden gerade von größter Tragweite. Er muß auf diejenigen Umstände achten lernen, auf die sein Gegner abstellt. Er muß sich auch davon überzeugen lernen, daß nur eine mehrseitige Beleuchtung den ganzen Tatbestand erhellt.

Wie denken wir uns nun eine solche Schule? Wer sind ihre Führer, wer ihre Schüler? Welches die Lehrgebiete, welches die Lehrmethoden? Wer soll ihr Träger sein? Wo soll sie errichtet werden? Wer soll sie finanzieren? Die Antwort auf all diese Fragen wird ein konkretes Bild von ihr geben. An diesem Bilde wird sich erschauen lassen, ob sie wünschbar und möglich ist.

Wer sind die Schüler einer schweizerischen Schule für Politik? Kurz gesagt: Alle, die in der Lage sind, sich in irgend einer Weise an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Es sind also Erwachsene, Männer und Frauen, jeden Standes und jeder Bildung. Nur eine Voraussetzung müssen sie erfüllen: sie müssen den klaren Willen haben zur politischen Verantwortung. Damit sind alle diejenigen ausgeschlossen, die in einer solchen Schule lediglich Belehrung oder Unterhaltung suchen. Die Schule der Politik ist damit aber auch unterschieden von der Universität und von der Volkshochschule. Die Universität will reine Erkenntnis. Ihre Methode liegt in der klaren Gruppierung des Erfassten und in der Schaffung sauberer Begriffe. Der Student nimmt an der akademischen Vorlesung das Wissen seines Lehrers zur Kenntnis. Es wird nicht darnach gefragt, wie er sich persönlich zu dem übermittelten Stoffe stellt. Die Schule für Politik will dagegen ihren Schülern die Voraussetzungen geben für die politische Tat. Sie liest die Erkenntnisse, die sie ihm übermittelt, nach praktischen Gesichtspunkten aus. Die Uebermittlung erfolgt in gemeinsamer Arbeit und in gegenseitiger Aussprache. Nur was der Schüler sich zu eigen gemacht hat, hat er gelernt. Universität und Schule für Politik wollen Verschiedenes, sie treten nicht in Wettbewerb. Auch die Volkshochschule, vor allem der Typus, der sich im Kanton Zürich ausgebildet hat, kann mit einer Schule für Politik nicht verwechselt werden. Unsere Volkshochschule bietet Unterhaltung, im besten Fall Orientierung über eine Wissenschaft. Die Wissenschaft selber vermittelt sie nicht. Ihre Vorlesungen sind wahllose Ausschnitte aus Wissenschaften. Die Volkshochschule verlangt vom Hörer auch keine Mitarbeit. Sie ist ein Warenhaus, in dem sich jeder das holen kann, was ihn gerade freut.

Die zweite Frage: Wer soll an einer solchen schweizerischen Schule für Politik lehren? Die zunächst liegende Antwort lautet wohl so: Politisch verantwortliche Menschen aus allen Parteien. Die Antwort bedarf aber sofort der Einschränkung: Es müssen politisch verantwortliche Menschen sein, die sich für diese Aufgabe besonders eignen. Die Antwort bedarf aber auch noch der Abklärung: Politisch verantwortliche Menschen sind nicht nur Inhaber politisch bedeutsamer Stellen. Lehrer an einer solchen Schule können Gelehrte sein, insofern sie die unmittelbare Beziehung zur politischen Tat nicht ver-

loren haben. Zu denken ist vor allem an jüngere Akademiker, die noch in der Lage sind, ihre akademischen Methoden aufzugeben und sie durch Lehrweisen zu ersetzen, wie sie die vorgesehene Schule nötig hat. Lehrer können Politiker sein, die in der Parteiroutine nicht erstickt sind, Menschen, die in der Stunde der Entscheidung um ihr Ziel wissen und über eine genaue Kenntnis der Lage stets verfügen. Gerade von diesen Lehrern wird erwartet werden, daß sie in ihrem Wollen entschieden sind und mit charaktervoller Entschlossenheit ihren Parteistandpunkt wahren.

Die Lehrgebiete? Ihre Auswahl ergibt sich aus dem Sinn der Schule. Zunächst wird auf all das verzichtet werden, was mit dem klar umschriebenen Ziel der Schule nicht vereinbar ist. Die Schule für Politik soll nicht eine allgemeine Bildungsstätte sein. Die Gebiete der reinen Wissenschaft, der Kunst und der Unterhaltung scheiden zum vornherein aus. Die Schule für Politik will auch keine Fachschule werden. Sie soll weder Diplomaten, Juristen, Volkswirtschaftler, Staatsbeamte oder Gewerkschaftssekretäre ausbilden. Sie will aber allen diesen Menschen das auf den Weg geben, was sie für ihre politische Tätigkeit nötig haben. Zunächst wird die Schule Aufschluß geben über die Natur der Sozietät, über die Formen der Gesellschaft und über die Willensrichtungen, die in ihr tätig sind. Sie wird Soziologie, Staats- und Parteilehre zu geben haben. Aber — wir kommen darauf zurück — nicht nach der hergebrachten wissenschaftlichen Methode. Aus allen diesen Gebieten wird das herausgegriffen werden müssen, was zum Verständnis der Gegenwart nötig ist. Man wird die genaue Kenntnis des Staates Friedrich des Großen ermangeln können, aber man wird zeigen müssen, was französische Demokratie, italienischer Faschismus und russischer Kommunismus sind. Man wird sich nicht mit allgemeinen Staatstheorien zu befassen haben, aber man wird davon reden müssen, was für Lehren Rousseau, Adam Smith, Marx und Lenin aufgestellt haben. Man wird zu erforschen haben, was führende Parteien des In- und Auslandes sind und wollen, weil ihr Leben unsere eigene Gemeinschaft direkt oder indirekt bestimmt.

Die Tatsachenforschung wird möglichst umfassend das ganze Gebiet des sozialen Lebens zu ergreifen suchen. Es werden dabei Disziplinen nutzbar zu machen sein, die heute an Hochschulen bereits gepflegt werden, aber auch solche, die den Weg zur Universität noch nicht gefunden haben. Die Geopolitik wird die natürlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens aufweisen. Die Volkskunde wird den Reichtum der individuellen Ausgestaltung lehren. Die Bindungen und Erfahrungen, welche die Gesellschaft als Erbe der Vergangenheit in sich trägt, wird die Geschichte zeigen. Es haben sich anzureihen: Nationalökonomie, Staatslehre, Verwaltungsrecht, Sozialkunde und Soziologie.

Doch alle diese Wissenschaften sind nicht in der herkömmlichen Art zu lehren. Es ist eine besondere Methode auszubauen, die darauf ausgeht, nur das zu über-

mitteln, was für die politische Tat entscheidende Voraussetzung zu sein hat. Der Erwachsenenbildner hat festzustellen, was den Schüler überhaupt in die Schule treibt. Er muß die Frage suchen, die ihn beschäftigt. Er soll die Not aufdecken, aus der die Frage hervorgegangen ist. Von dieser Not, die den Erwachsenen zu tiefst angeht und die die Triebkraft seines politischen Wollens ist, muß ausgegangen werden. Der Erwachsenenführer wird dem Schüler helfen, seine eigene Lebensfrage klar zu formen. Er wird ihm die Mittel in die Hände geben, diese Frage selber zu beantworten. Seine Methode ist also nicht Belehrung, sie ist sokratische Geburtshilfe. Nur wenn der Erwachsene die Antwort auf seine Lebensfrage selber findet, ist er aus seiner Not befreit. Aus dieser Einsicht ergibt sich die Art des Unterrichts.

Die Erwachsenenbildung spielt sich nicht in der Schulstube und nicht im Hörsaal ab. Ihr Raum ist das Klubzimmer oder der Versammlungssaal. Der Lehrer steht nicht außer und nicht über seinen Schülern, er ist mitten unter ihnen. Es ist klar, daß solche Arbeitsgruppen nicht groß sein dürfen. Die Individualität jedes Einzelnen muß zur Geltung kommen. Nur in Ausnahmefällen, in denen neuer Stoff in größeren Zusammenhängen zu bieten ist, wird die Form des Vortrages zu wählen sein. In der Regel wird lediglich der Lehrer oder ein Schüler die Aussprache mit einem kurzen Referat einleiten.

Da die Schule für Politik dem ganzen Volk zugänglich sein soll, wird sie ihre Kurse nach Schluß der Arbeitsstunden abhalten. Tagsüber stellt sie den Schülern, die sich frei machen können, Arbeitsräume und eine Handbibliothek zur Verfügung.

Die Lehrer werden zunächst nur nebenamtlich tätig sein. Mit der Zeit wird aber dafür gesorgt werden müssen, daß ein kleiner Stab von Menschen sich ausbildet, die ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Sache stellen. Auf alle Fälle aber braucht die Schule von Anfang an einen Leiter. Dieser hat mit seiner ganzen Leidenschaft dafür zu sorgen, daß die Schule ihrem Wesen treu bleibt, er hat ihr neue Impulse zuzuführen, er hat zu wachen, daß die Arbeit der Gruppen nie erlahmt und daß das nötige Niveau stets gewahrt wird.

Eine Schule für Politik wird jedoch nur dann lebendig bleiben, wenn sich ihre Lehrer selber in einer Arbeitsgemeinschaft finden. In dieser sollen nicht nur die Fragen der Schule, es sollen die wesentlichen Fragen der Politik selbst besprochen werden. Auf diese Weise wird vermieden werden, daß die Schule verknöchert. Die Arbeitsgruppe der Lehrer wird die Stelle sein, von der aus sich die Schule stets erneuert.

Der Leiter soll von einer Kanzlei unterstützt werden, die aus ein oder zwei Personen bestehen wird. Diese hat die administrativen Arbeiten zu besorgen. Es ist dafür zu sorgen, daß der Leiter seine Arbeitskraft den geistigen Fragen widmen kann.

Wer wird der soziale Träger der Schule sein? Eine Vereinigung von Privatpersonen oder von Vereinen? Die

Eidgenossenschaft, ein Kanton oder eine Stadt? Die Frage kann nur im Hinblick auf die gegenwärtige Lage praktisch beantwortet werden. Es wird sich zur Zeit keine Gruppe von Privatpersonen oder von Verbänden finden, die bereit wäre, eine solche Schule zu finanzieren. Es bestünde auch die Gefahr, daß in einem solchen Fall die Schule den unsachlichen Einflüssen finanziell besonders mächtiger Gruppen erliegen würde. Utopisch wäre es, an eine Vereinigung der verschiedenen Parteien zur Gründung einer überparteilichen Schule für Politik zu denken. Es wird daher allein eine öffentliche Körperschaft in der Lage sein, das Werk zu tragen. Die Eidgenossenschaft weigert sich seit Jahren, außer der Technischen Hochschule noch eine andere Bildungsstätte zu übernehmen. Die kleineren Kantone werden kaum die Kraft haben, an die Gründung einer solchen Schule heranzutreten. In den größeren Kantonen sind die zurückhaltenden Kräfte meist so stark, daß kaum eine Aussicht besteht, daß auf dieser Basis etwas zu erreichen wäre. Es bleiben somit lediglich noch die Städte. Von allen ist nur eine finanziell leistungsfähig genug. Es ist die Stadt Zürich.

Die Stadt Zürich wird in der Lage sein, die Mittel zur Finanzierung einer solchen Schule aufzubringen. Da die Schule in den ersten Jahren keine eigenen Gebäulichkeiten braucht, so wird man anfänglich mit einem Budget von rund Fr. 40,000.— auskommen können. Aus diesem Betrag werden die Mietzinse und die Honorare für den Leiter, die Lehrer und die Kanzlisten zu zahlen sein. Die Verwaltungsspesen werden niedrig bleiben. Zeigt sich dann im Verlauf der Zeit, daß die Schule wirklich einem Bedürfnis entspricht, so werden sich einzelne Kantone und die Eidgenossenschaft bereit finden, das Unternehmen zu subventionieren.

Das Werk der Kinderschulung ist in unserem Lande grundsätzlich abgeschlossen. Es ist heute nur noch das Erreichte zu halten und auszubauen. Die Aufgabe der Erwachsenenbildung steht vor uns. Es ist das eine Aufgabe, die unsere Generation zu lösen hat. Im Vordergrund ernsthafter Erwachsenenbildung steht aber die Schule für Politik. Wir sollten den Mut aufbringen, an diese Aufgabe heranzutreten.

Erziehen.

Eine paedagogische Besinnung.

Von Dr. Alfred Zander.

Was ist eigentlich „erziehen“? Denken wir einmal darüber nach! Jeder von uns ist erzogen worden, so oder so. Wir haben alle erlebt, auf welcher seltsamen Weise ein Mensch erzogen wurde: wir haben Erfahrung. Als Erzieher haben wir vielleicht dann und wann mitten im Tun gestutzt und uns gefragt: Was tust du da?

Es kann uns direkt auffallen, daß in den paedagogischen Schriften viel über das „Warum“, „Wozu“ und „Wie“ zu finden ist; aber gar herzlich wenig uns gesagt wird, was er denn sei, dieses „Erziehen“. Ich schlage ein Lehrbuch der Paedagogik auf und lese: „Was erziehen heißt, ist klar: es ist die planmäßige Einwirkung der Erwachsenen auf die Entwicklung der Heranwachsenden“ (Ziegler). Ist das wirklich so klar?

Ist der Erziehungsvorgang stets ein planmäßiger? Nehmen wir an, jeder Erzieher wirke tatsächlich planmäßig auf das Kind ein. Da aber jedes Kind von vielen Erziehern beeinflußt wird (Mutter, Vater, Verwandte, Lehrer usw.), ist es kaum denkbar, daß die gesamte Einwirkung der Erwachsenen einem bestimmten Plane gemäß sei. Man muß zufrieden sein, wenn sich die verschiedenen erzieherischen Einwirkungen nicht geradezu widersprechen. Doch würden wir es wiederum auch nicht für gut halten, wenn ein Kind nur von einer einzigen Person, d. h. nach einem Plane erzogen würde.

Woher nehmen wir den Plan? Woher wissen wir, daß dieses Kind nach diesem und jenes Kind nach einem andern Plane erzogen werden muß? Pläne sind starre Gedankensysteme, denen sich die Mannigfaltigkeit der Lebenserscheinungen nie unterordnen wird. Plangemäße Erziehung ist oft Vergewaltigung. Haben nicht viele Kinder unter der plangemäßen Erziehung einer starken Vaterpersönlichkeit ernststen Entwicklungsschäden gelitten?

Plangemäß erziehen heißt auch bewußt erziehen. Wie unwesentlich hat aber meistens bewußte Erziehung auf uns gewirkt! Man kann es immer wieder beobachten, daß die Jugend gerade alle bewußte Erziehung und beabsichtigte Belehrung meidet, „denn die Jugend will lieber angeregt als unterrichtet sein“ (Goethe). Welch Unbehagen taucht auch in uns Erwachsenen auf, wenn wir spüren, daß uns jemand erziehen, bilden oder bessern möchte! Unbehagen ist innere Abwehr, die Einwirkung verfehlt darum ihr Ziel; ja, sie verursacht oft gänzliche innere Entfremdung oder sogar Trotz. Ich frage mich selbst: „Hast du dich während den Jahren deiner praktischen Erzieher Tätigkeit stets vor deine Zöglinge gestellt, gesprochen und gehandelt, mit der bewußten Absicht, sie plangemäß zu erziehen?“ Nein, dies hätte ja zu einem unwahren, verlogenen und wirklichkeitsfremden Zusammenleben mit der Jugend geführt.